

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 6.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4599. — **Postfachkonto Nr. 53477** **Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 13693. — **Beran in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21** — Telefon 4598 **Inseratenspreise:** Die 7spaltige Kolonellzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonellzeile 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721 **Schluss der Inseraten-Annahme** für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein neues Kabinett Wirth.

Dr. Wirth mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Berlin, 25. Oktober. Der Reichspräsident richtete heute nachmittag 6 Uhr an den Reichskanzler folgendes Schreiben: Herr Reichskanzler!

Seit Wochen ist es mein unausgesetztes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlage zu schaffen in der Ueberzeugung, in der ich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschlands auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik harren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können.

Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel Ihrer Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näherzukommen. Die Entscheidung, welche die Volksharterkonferenz der Allierten in der obersten Frage gefaßt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerzeit gutem Willen und unter Vorkonstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trotz zustandezubringen. Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gepflogenen Verhandlungen eingebracht, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist.

Dies ist um so bedauerlicher, als die Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angesichts der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unausführbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innerpolitischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, Ihre mir gegebenen Abgaben zurückzugeben und unter Hintanhaltung persönlicher und parteipolitischen Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerer Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden.

In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es mit Ihrer Laistkraft und politischem Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, welche in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe, sowie die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft lösen kann. Ich bin in aller Verehrung Ihr aufrecht ergebener

Ebert.

Die Zusage Dr. Wirths.

Berlin, 25. Oktober. Der Reichskanzler erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 25. Oktober. Der Reichstagenrat des Reichstages hat die Plenarsitzung nunmehr endgültig auf Mittwoch, 12 Uhr mittags, festgesetzt. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.

Die neue Ministerliste.

Die Volkliche Zeitung hält folgende Ministerliste für wahrscheinlich: Reichskanzler und Auswärtiges Dr. Wirth, Inneres Dr. Wolff Meißner, Finanzen Staatssekretär Dr. Japh, Wehrminister Dr. Gehler, Wiederaufbaumminister Dr. Rathenau, Wirtschaft Robert Schmidt, Ernährung Dr. Hermes, Schatzminister und Vizekanzler Gustav Bauer, Post Sieberts, Arbeits- u. Eisenbahnen Gröner, Justiz Dr. Schiffer(?). Als künftiger Justizminister wird nach einer Meldung des Vorwärts aus der Zentrumsmann Dr. Peter Spahn genannt. Auch mit dem Abgeordneten Dr. Fetze ist, nach einer anderen Meldung, der Reichskanzler in Verbindung getreten.

Nach einer weiteren Meldung der T.M. sei amtlich bestätigt worden, daß bis auf den Innenminister und den Justizminister alle früheren Minister ihre Rückkehr hatten werden.

Kein „Koalitionskabinett“.

Stimmen der Berliner Presse.

Berlin, 26. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Heute mittags um 12 Uhr tritt der Reichstag zusammen. Weder die Zusammensetzung des neuen Kabinetts werden die verschiedensten Vermutungen aufgestellt. Das Berliner Tageblatt rechnete damit, daß Gehler, Rathenau und Schiffer im Kabinett bleiben, daß dagegen der Außenminister Rosen zurücktreten wird. Das neue Kabinett ist, wie der Vorwärts sagt, kein Koalitionskabinet. Auch zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gebe es keine Koalition mehr. Es soll aus Politikern ohne Unterschied der Partei zusammengesetzt sein, sofern sie willens sind und bereit sind, die Politik Wirth zu unterstützen. Die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie haben ihren Mitgliedern freigestellt, in das Ministerium einzutreten. Die Demokraten überlegen noch, ob sie den Rücktritt Schiffers und Gehlers verlangen sollen oder nicht. Da es keine Koalition gäbe, meinte der Vorwärts, müsse Wirth heute im Reichstage um seine Mehrheit kämpfen. Das Blatt ist der Ansicht, daß die breiten Massen des Volkes hinter dieser neuen Regierung noch fester stehen werden als zuvor. Die

Freiheit sagt, daß das neue Ministerium Wirth politisch dadurch zunächst geschwächt erscheinen, daß es nicht gleichsam offen als Regierung der Rechtssozialisten und des Zentrums gelten soll, denn es heißt, daß Dr. Wirth in der Auswahl der Minister freie Hand erhält. Aber was für den Augenblick als politische Schwächung erscheinen könnte, bedeute eine Stärkung der persönlichen Stellung Wirths und zugleich die stärkste Rechtfertigung der von ihm eingeschlagenen Politik. Denn daß man zur Entwertung des Chaos auf ihn zurückgreifen muß trotz der starken Widerstände, die in allen bürgerlichen Parteien sich erhoben hatten, beweist den Jresinn der ganzen Krise und wird vielleicht doch den Fraktionsführern die Luft austreiben, mit den wichtigsten Interessen des deutschen Volkes und dem Ansehen des Parlaments noch einmal Schindluder zu spielen. In dieser schweren Krise habe es sich wieder herausgestellt, daß die Arbeiterschaft der Träger der politischen Vernunft ist und daß sie es ist, die durch ihre feste und entschlossene Haltung Deutschland vor nationalistischen Torsheiten schließt. Ihr vor allem wird es zu danken sein, wenn zum dritten Male eine schwere Krise überwunden werden wird.

Die Germania überschreibt ihren Artikel zur Krise: Furcht vor der Verantwortung. Sie weist der Deutschen Volkspartei vor, daß sie bei einem Diktat immer nur das Schwere und Drückende sehe, daß ihr das genüge, um das Halbespanier zu ergreifen. Man fürchte dort immer nur den Annäherung der Wähler. Die Zentrumsfraktion des Reichstages werde ganz selbstverständlich die Bemühungen Dr. Wirths, eine neue Regierung zu bilden, voll und ganz unterstützen. Das Blatt schreibt weiter: „Wir hoffen und wünschen, daß ihm die Kabinettsbildung bis zum Ablauf der von der Entente für die Ernennung unserer oberstehtlichen Kommissars gefesteten Frist gelingen möge und daß damit Deutschland vor der Gewaltpolitik wieder einmal gerettet wird.“

Der Lokalanzeiger schreibt: „Jede Kabinettskrise in der deutschen Republik bedeutet einen Anschauungskursus für das deutsche Volk über das Thema, welche unhaltbaren Verhältnisse in Reichstag, welche entsetzliche Zerschmettertheit in den maßgebenden Reichstagsfraktionen herrschen, einen Anschauungskursus darüber, wie ungeeignet das parlamentarische Regime für ein derartig parteierrittenes Volk, wie das deutsche ist. Ein Beleg endlich dafür, daß über dieser Parteierzerrissenheit und über diesem parlamentarischen Regime wichtige vaterländische Interessen über das Amt gehoben werden müssen. Das Blatt weist den Tadel in dem Schreiben des Reichspräsidenten, daß die vaterländischen Interessen bei der Krise nicht überall vorangestellt worden seien, für die Deutsche Volkspartei zurück. Er werde von Rechts wegen der Mehrheitssozialdemokratie zugewiesen werden müssen.“

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt, das neue Kabinett sei nicht ein Kabinett der Parteien, das festgesetzt und stehend auf einer großen Mehrheit des Reichstages eine feste Richtung der Politik auf lange Sicht garantieren könnte. Nur ein Kabinett, das für einen bestimmten Zweck geschaffen, verschoben soll, über die Schwierigkeiten hinwegkommen, die sich aus dem Diktat von Genf für unsere auswärtige Politik, wie in fast noch stärkerem Grade für unsere innere Politik ergeben, das dann aber wohl den Weg freizumachen hat für ein kommenden Kabinett, welches auf dem Prinzip einer starken Zusammenfassung beruhend, die Möglichkeit einer festen Politik auf lange Dauer gewährt.

Die Rote Fahne nennt das Kabinett eine verkappte Stinneskoalition.

Die Wahl des Kommissars.

Berlin, 26. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der oberstehtliche Ausschuss, der gestern unter Vorsitz des Ministers seinen Tagte, wählte, da die Zeit drängt und der Termin der Ernennung des Kommissars Donnerstag abläuft, einen Unterausschuss, der von sich aus die Persönlichkeit des Kommissars bestimmen soll.

Die Münchner Mörderzentrale in Tätigkeit.

Ein neuer Anschlag auf den Abgeordneten Auer.

München, 26. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend gegen 11 Uhr wurden auf den rechtssozialistischen Abgeordneten Erhard Auer zwei Revolvergeschüsse abgegeben, als er aus einer Sitzung im Gewerbefachsaal kommend, am Tor des südbahnhoflichen Friedhofs vorbeiging. Die Schüsse gingen leer. Auer griff selbst zum Revolver und gab ebenfalls zwei Schüsse auf die Attentäter ab, die in der Dunkelheit jedoch entkamen. Vermutlich sind die Revolverhelden Beauftragte der Mörderzentrale des Freikorps Oberland, deren Bah sich der Abgeordnete Auer jeden Tag durch die Enthüllungen über das Freikorps Oberland und seine Mörderbanden zugezogen hat. Vor wenigen Tagen sandte er eine Demonstration von Halbeskammer und Oberländern vor der Wohnung des Abgeordneten Auer statt.

Der neue Mordversuch beweist, daß die feigen Meuchelmörder in München auch unter dem neuen Regime Verhöhnung ihre Tätigkeit ungehindert fortsetzen können. Nach dem bisherigen Verhalten der neuen bayerischen Regierung wird man auch kaum erwarten dürfen, daß diese nach dem neuen Attentat mit der notwendigen Energie gegen das reaktionäre Mordnest eintritt werden. Anern soll anscheinend auch unter der Regierung Verhöhnung das Übeln, was es unter Rahr und Poehner gewesen ist — das deutsche Agnara.

Kartoffelnot und Kartoffelwucher.

In Deutschland, dem Lande mit den größten Kartoffelernten der Welt, herrscht ein bedrohlicher Mangel an Kartoffeln. Die Preise der Kartoffeln sind fünf- bis zehnfach so hoch wie in der Vorkriegszeit, und selbst für diese phantastisch hohen Preise sind in vielen Gegenden Kartoffeln nicht zu haben. Besonders in den Städten macht sich der Mangel an Kartoffeln in ganz empfindlicher Weise bemerkbar, und es besteht die große Gefahr, daß viele Städte beim Eintritt des Winters ohne alle Kartoffelvorräte dastehen.

Wenn es in den letzten Jahren an Kartoffeln mangelte, hauptsächlich die Agrarier und Händler stets, an diesem Mangel sei nur die Zwangswirtschaft schuld, mit der Zwangswirtschaft würden auch die Kartoffelnot und die hohen Preise verschwinden. Den Verbrauchern wurde der „Segen der freien Wirtschaft“ in den rosigen Farben geschilbert. Unter der Führung des Reichsministers Hermes, dessen Aufgabe es sein sollte, für die Sicherung der Volksernährung zu sorgen, wurde der Feldzug für die freie Wirtschaft unternommen. Nun ist die Zwangswirtschaft gefallen und die Verbraucher bekommen die Segnungen der so viel gepriesenen freien Bewirtschaftung in vollem Maße zu spüren. Die von uns als Bekämpfer der freien Wirtschaft vorausgesehenen schweren Nachteile für die Konsumenten werden jetzt jedem klar. Der Kartoffelwucher steht in lauziger Blüte, und die Masse der Bevölkerung, die nicht wie die Besitzenden jeden geforderten Preis bezahlen kann, befindet sich hinsichtlich der Kartoffelversorgung in einer Notlage wie in der Kriegszeit.

Dabei ist die Kartoffelernte in Deutschland keineswegs schlecht. Die Ernte wird amtlich als „mittlere“ bezeichnet, sie ist stellenweise sogar recht gut ausgefallen. An Kartoffeln fehlt es also nicht, und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung wäre durchaus möglich. Das können selbst die landwirtschaftlichen Produzenten nicht bestreiten. Sie versuchen deshalb, die Schuld den mangelhaften Transportverhältnissen zuzuschreiben. Sie behaupten, die Wagenstreckung für den Kartoffeltransport durch die Reichseisenbahnverwaltung sei ganz ungenügend. Demgegenüber ist aber von amtlichen Stellen zahlenmäßig nachgewiesen worden, daß bis Mitte Oktober Wagen für den Transport ebenso großer Mengen wie im vergangenen Jahre zur Verfügung gestellt worden sind. Durch die Klagen über den angeblichen Wagenmangel soll der Ansehen erweckt werden, daß die Eisenbahnen unter der Verwaltung des Reiches nicht leistungsfähig seien. Es soll zugleich Stimmung gemacht werden für den in der letzten Zeit viel erörterten Plan, die Eisenbahnen der Privatwirtschaft zur Ausbattung zu überlassen. Das ging mit aller Deutlichkeit aus einer Forderung des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Krüger hervor, der gelegentlich der Besprechung der Kartoffelinterpellation im preußischen Landtage sagte: „Wenn die Eisenbahnen Privatbahnen wären, hätten wir keinen Wagenmangel und könnten Kartoffeln transportieren.“ Wie schon bemerkt kann aber der Kartoffelmangel endlich nicht mit ungenügender Wagenstreckung entschuldigt werden. Es werden genügende Mengen Kartoffeln transportiert, es fragt sich nur, wo sie hinkommen. Trotz aller amtlichen Dementis und trotz des bestehenden Ausfuhrverbotes gehen zweifellos ganz beträchtliche Mengen von Kartoffeln ins Ausland. Der Tiefstand der deutschen Baluta gestattet es den Agenten und Händlern, fabelhafte Preise für Kartoffeln zu bieten und die Kartoffeln trotzdem mit Riesengewinnen nach dem Ausland zu verkaufen. Auf allen Märkten und in allen Gegenden tauchen diese Agenten auf. Besonders nach Frankreich werden die Kartoffeln in großen Mengen verschoben, so daß in Frankreich bereits ein großer Ueberschuß an Kartoffeln zu verzeichnen ist.

Angesichts der gebotenen hohen Preise pfeifen die Agrarier natürlich auf alle Mahnungen der Regierung zur Ablieferung der Kartoffeln zu angemessenen Preisen an die Verbraucher in Deutschland. Sie werden mit ihren Preisforderungen immer unverschämter. Werden die geforderten Wucherpreise nicht bewilligt, dann halten die Kartoffelbauern die Kartoffeln eben zurück in der Erwartung, daß bei dem künstlich herbeigeführten Mangel die hohen Preise später schließlich doch bezahlt werden. Daß die agrarische Profitsucht tatsächlich keine Grenzen kennt, geht aus der Tatsache hervor, daß agrarische Organisationen im Ernste gefordert haben, daß man ihnen Doppelpreise für die Kartoffeln zahle. Wenn also vor dem Krieg der Zentner Kartoffeln etwa einen Dollar (4.20 Mk.) kostete, so soll der Zentner jetzt entsprechend dem gegenwärtigen Stand des Dollars mit 150 bis 160 Mark bezahlt werden. Begünstigt werden die mahligen Breitstreiberen durch die für Brennereikartoffeln bewilligten hohen Preise. Die Junker haben es durchgesehen, daß ihnen für diese zu andern Zwecken unbrauchbaren schlechten Kartoffeln 35 Mk. für den Zentner bezahlt werden. Wenn sie für dieses ganz minderwertige Zeug derartig hohe Preise erhalten, fordern sie eben für Speisekartoffeln das Doppelte und Dreifache. Daß durch